



Die Verwaltung hat daher aufgrund der massiv in die Höhe schnellenden Zuweisungszahlen und der noch ausstehenden Antwort auf die Anrechnung der im Josefshaus untergebrachten Jugendlichen heute eine vorübergehende Aussetzung der Zuweisung neuer Flüchtlinge bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragt.

Zudem ist anzumerken, dass die Notunterkünfte des Landes im Kreis Coesfeld mit weit über der Hälfte der Plätze nicht belegt sind, so auch die Notunterkunft in Seppenrade, (Stand: 01.12.2015: 6 Personen von 150 möglichen). Es werde vom Land NRW ein Signal erwartet, auch die Einrichtungen der Notunterkünfte nutzen zu können.

Allerdings will auch die Stadt Lüdinghausen ihre Verantwortung bei der Unterbringung der Flüchtlinge wahrnehmen: Zwischenzeitlich bereitet die Verwaltung kurzfristig Beschlussempfehlungen an den Rat vor, in denen Maßnahmen zur Schaffung von weiterem Wohnraum für Flüchtlinge vorgestellt werden.